

## **Allgemeine Impfpflicht gegen COVID-19 als weitere Herausforderung für den öffentlichen Dienst?**

Die Lage in Deutschland bleibt weiter ernst. Aktuelle Corona-Zahlen verdeutlichen, dass die Herangehensweise an die Bewältigung der COVID-19-Pandemie eklatante Lücken aufweist. Die Impfquote bleibt stark hinter den Hoffnungen und Erwartungen zurück. Gleichzeitig ist ein erschreckender Anstieg an Neuinfektionen, fortwährende Negativ-Rekorde und das Entstehen neuer besorgniserregender Virusvarianten zu beobachten.

Es stellt sich daher die Frage, ob die bisherigen „milderen Mittel“ wie 3G, 3G+, 2G oder 2G+ ausreichen oder die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht einen geeigneten und sinnvollen nächsten Schritt darstellt, um dem drohenden Kollaps des Gesundheitssystems erfolgreich entgegenwirken zu können.

Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina hat in ihrer Stellungnahme vom 27. November 2021 unter anderem die Einführung einer berufsbezogenen Impfpflicht sowie die Vorbereitung zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht empfohlen. Unser Nachbarland Österreich führt eine solche allgemeine Impfpflicht zum 1. Februar 2022 ein. In Deutschland hat sich die Bundeswehr bereits dazu entschlossen, eine faktische Impfpflicht für die Truppe einzuführen. Des Weiteren wurde am 10. Dezember 2021 eine Impfpflicht für das Gesundheitspersonal beschlossen.

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz vom 2. Dezember 2021 haben die geschäftsführende Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr designierter Nachfolger Olaf Scholz (SPD) bekannt gegeben, dass der Deutsche Bundestag zeitnah als „Gewissensentscheidung“, also ohne den sogenannten „Fraktionszwang“, über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht abstimmen wird.

Eine allgemeine Impfpflicht ist im Hinblick auf die Bediensteten im öffentlichen Dienst allerdings kritisch zu betrachten. Diverse Aspekte müssen bei dieser Diskussion ausreichend Beachtung finden. Die Einführung einer Impfpflicht würde den öffentlichen Dienst in den verschiedensten Bereichen besonders treffen und zusätzlich belasten. Mehrarbeit wird sich mit höchster Wahrscheinlichkeit vor allem in der Verwaltung (Organisation, Kontrolle, Einlasskontrollen), der Polizei (Stichprobenkontrollen), der Justiz (Maßnahmen gegen Impfverweigerer) und letztlich auch an sämtlichen Bildungseinrichtungen wiederfinden.

Damit steht dem öffentlichen Dienst eine massive Aufgabenmehrung bevor! Das ist schon deswegen hochproblematisch, da viele Beschäftigte schon seit Beginn der Pandemie an ihrer Belastungsgrenze und oftmals darüber hinaus arbeiten. Weitere Aufgabenmehrungen, gerade in so massivem Umfang, können nicht mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden.

Als logische Konsequenz ist es unumgänglich, dem öffentlichen Dienst eine entsprechende Aufstockung an Personal zuzusprechen, um die anfallende Mehrarbeit zufriedenstellend bewältigen zu können, denn: Die sinnvollsten Regeln werden sinnlos, wenn sie nicht durchgesetzt werden können!

Neben der personellen Ausstattung ist die technische Ausrüstung ein entscheidender Faktor. Ohne eine angemessene elektronische Unterstützung, wie zum Beispiel praktikable und zeitgemäße Hard- und Software, kann heutzutage weder eine zielorientierte noch effektive Arbeit geleistet werden. Es darf keine händisch ausgefüllten Listen mehr geben, die quer durch das Land zu faxen sind!

54  
55 Die Aufstockung des Personals einerseits und die benötigte technische Ausstattung  
56 andererseits stellen die Grundvoraussetzungen für die Umsetzung der allgemeinen Impfpflicht  
57 dar. Sie müssen rechtzeitig erfüllt und bereitgestellt werden.

58  
59 Keinesfalls dürfen aber Nachwuchskräfte, die sich in der Ausbildung oder im Studium  
60 befinden, zur Personalaufstockung herangezogen werden. Wer wochen- oder gar monatelang  
61 den Unterricht bzw. die Vorlesungen versäumt, hat kaum eine Chance auf ein erfolgreiches  
62 Bestehen der Abschlussprüfung. Dafür sind das Niveau und die Anforderungen zu hoch. Die  
63 Konsequenz wäre im schlimmsten Fall ein erheblicher Einkommensverlust im fünfstelligen  
64 Bereich, der durch die Verlängerung der Ausbildung bzw. des Studiums entstehen kann.

65  
66 Ein weiteres Erfordernis für die Einführung einer Impfpflicht sollte in jedem Fall eine vorherige  
67 direkte und persönliche Kontaktaufnahme zur Unterbreitung eines Impfangebots sein. Auf  
68 diesem verhältnismäßigen Weg kann zunächst eine weitere Steigerung der Impfquote auf  
69 freiwilliger Basis angestrebt werden. Problematisch bei dieser Kontaktaufnahme ist – wie  
70 bereits der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung vom  
71 23. November 2021 darstellte – die geltende datenschutzrechtliche Gesetzeslage. Sollte sich  
72 dieses Hindernis bewahrheiten, so wird die neu gebildete Ampel-Koalition aus SPD, Bündnis  
73 90/Die Grünen und FDP diese Problematik auf Bundesebene diskutieren müssen. In diesem  
74 Kontext wäre ebenso der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit,  
75 Prof. Ulrich Kelber, zu hören.

76  
77 Natürlich ist das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit nach Artikel 2 Absatz 2 des  
78 Grundgesetzes auch in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen. Diskussionswürdig ist  
79 jedoch, in welchem Umfang es in dieser Situation eingeschränkt werden muss. Nach unserer  
80 Überzeugung ist es als die Ultima Ratio angemessen, um eine Überlastung des  
81 Gesundheitssystems zu verhindern.

82  
83 Der Schutz derjenigen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, bei  
84 denen aber schwere Krankheitsverläufe drohen, wäre ebenfalls ein legitimer Grund für die  
85 Einführung einer allgemeinen Impfpflicht. Der Staat muss gerade die Schwächsten der  
86 Gesellschaft schützen.

87  
88 In jedem Fall muss es bei Einführung einer allgemeinen Impfpflicht Ausnahmen für diejenigen  
89 geben, die aus nachgewiesenen gesundheitlichen Gründen an einer Impfung gehindert sind.  
90 Hier werden Ausnahmeregelungen etwa für die Beratung in Sozialbehörden benötigt.

91 In Anbetracht der bislang nicht ausreichend wirksamen „milderen Mittel“ sprechen wir uns für  
92 die Einführung einer Impfpflicht als die Ultima Ratio aus. Wir fordern im Falle der Einführung  
93 einer allgemeinen Impfpflicht jedoch klar definierte Regelungen seitens der Politik sowie eine  
94 entsprechende personelle und technische Ausstattung für den öffentlichen Dienst.

95  
96 Der öffentliche Dienst muss dazu befähigt werden, diese enorm umfangreiche Vorgabe der  
97 Politik auch umsetzen zu können. Wer eine allgemeine Impfpflicht einführen will, muss  
98 sicherstellen, dass sie vernünftig durchgesetzt werden kann. Anderenfalls verlieren die  
99 Bürgerinnen und Bürger in Deutschland das Vertrauen in den Staat – und der Staat verliert  
100 damit sein wichtigstes Fundament.